

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	37. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	25. April 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 3 der Tagesordnung: Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2017/0086

dazu:

Ausschussberatungen im Regelfall öffentlich durchführen

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2017/0250

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2017/0262

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - die aus der Anlage 1 der Vorlage ersichtliche Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 41 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag GRÜNE: Ziffer 1 bei 19 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung
abgelehnt

Ziffer 2 bei 23 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen abgelehnt

Änderungsantrag AfD: Ziffer 1 bei 3 Ja-Stimmen und 38 Nein-Stimmen abgelehnt

Ziffer 2 bei 3 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen abgelehnt

Ziffer 3 bei 3 Ja-Stimmen und 45 Nein-Stimmen abgelehnt

Ziffer 4 bei 3 Ja-Stimmen und 45 Nein-Stimmen abgelehnt

Ziffer 5 bei 3 Ja-Stimmen und 45 Nein-Stimmen abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

Ich weise noch darauf hin - das betrifft ebenso die Geschäftsordnung, die wir dann unter Tagesordnungspunkt 4 debattieren und verabschieden -, dass es hier mitunter auch Neufassungen gibt, dass Sie bitte die jeweils aktuelle Fassung der ganzen Abstimmung und Diskussion zugrunde legen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Mit der Neufassung der Hauptsatzung sind wir soweit einverstanden, insbesondere die Anpassung der Wertgrenzen tragen wir so mit.

Aber eine Chance wurde verpasst bei dieser Neugestaltung. Da geht es darum, dass deutlich weniger hinter verschlossenen Türen verhandelt werden könnte. Denn in der Verwaltung wird immer mehr auf Transparenz geachtet. Aber bei den Tagungen der gemeinderätlichen Gremien ist weiterhin das alte Prinzip, wenn die Öffentlichkeit nicht vorgeschrieben ist, wird es auch nicht öffentlich behandelt. Es wird geheim gesprochen.

Der Landtag hat inzwischen die Gemeindeordnung geändert und für Vorberatungen ausdrücklich auch eine öffentliche Vorberatung zugelassen. Für endgültige Beratungen haben wir es sowieso in der Hand, ob wir das öffentlich machen wollen oder nicht. Mit der Einschränkung, dass manches eben vorgeschrieben ist, nichtöffentlich zu sein. Unser Vorschlag ist jetzt, die Ausschusssitzungen öffentlich zu machen, außer in begründeten Fällen. Ich betone, das ist keine Revolution, dass wir jetzt alles völlig ändern wollen. Im Extremfall würde es darauf hinauslaufen, dass für jede nichtöffentliche Sitzung eine Begründung gefunden wird. Dann bliebe alles wie bisher, wenn es eine Begründung gibt. Wir vermuten nur, dass es manchmal dann keine gäbe und dann manche Tagesordnungspunkte öffentlich stattfinden können. Damit wird die Öffentlichkeit auch früher in manche Dinge einbezogen oder erfährt mehr, was bisher hinter verschlossenen Türen behandelt wird.

Das wäre auch deshalb nicht revolutionär, denn vor unserer Haustür gibt es zwei Fälle, wo das bisher schon so gemacht wird. Das ist der Kreistag in Rastatt und in der Stadt Baden-Baden. In Rastatt ist es in der Geschäftsordnung vorgesehen, dass vieles öffentlich ist. In Baden-Baden handhabt die Oberbürgermeisterin es einfach so, ohne dass die Satzung geändert wurde. Es gibt da keine Probleme. Ich habe bei den GRÜNE-Fraktionen nachgefragt. Die sind damit sehr zufrieden. Insgesamt gibt es nur Lob dafür und das über einen CDU-Landrat und eine CDU-Oberbürgermeisterin. Da sind die GRÜNEN einverstanden, zumindest was die Regelung zur Öffentlichkeit angeht. Der einzige Nachteil, der mir genannt wurde, ist, dass man sich besser vorbereiten muss auf die Sitzungen. Aber das ist nicht unbedingt etwas Schlechtes. Natürlich werden da nicht die Massen strömen, sondern da kommen dann nur die besonderen Interessierten, so dass auch nicht damit zu rechnen ist, dass wir dann von der Öffentlichkeit überrannt werden in den Sitzungen.

Wir haben uns einfach gewundert, dass bei der Neuregelung dieser Dinge nun diese Öffentlichkeit nicht gewünscht ist und weiterhin alles beim Alten bleiben soll. Weil wir befürchten müssen, dass der Antrag abgelehnt wird nach den Aussagen in der Klausur, haben wir einen zweiten Punkt angefügt. Für den beantrage ich getrennte Abstimmung. Da geht es darum, falls der erste Punkt abgelehnt wird, dass wenigstens die Vorlagen von Anfang an öffentlich sind, die Vorlagen, die später für eine öffentliche Sitzung vorgesehen sind, aber vorher nichtöffentlich beraten werden. Denn wir haben immer das Problem, dass wir mit interessierten Kreisen eine Vorlage besprechen wollen, dürfen das aber nicht, weil sie zunächst noch nichtöffentlich ist im nichtöffentlichen Ausschuss, in den Vorberatungen. Da würden wir uns wünschen, dass wir wenigstens die Vorlage von Anfang an in breiterem Kreis bekanntgeben dürfen, um auch Meinun-

gen einholen zu können. Denn bisher ist es extrem knapp, wenn kurz vor der Gemeinderatssitzung erst die Vorlage offiziell öffentlich wird.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch meine Fraktion sieht die Erhöhung der Wertgrenzen nicht kritisch. Es ist allein schon sinnvoll, weil es in regelmäßigem Abstand eine Preissteigerung gibt. Ansonsten vereinfacht es auch die Arbeit des Gemeinderates, so wie es jetzt in der Hauptsatzung steht.

Zum Änderungsantrag der GRÜNEN möchte ich ankündigen, dass meine Fraktion hier unterschiedlich abstimmen wird. Es gibt sehr viele Argumente dafür, wie auch Herr Honné gerade ausgeführt hat. Gerade wir als Piraten sind immer für Transparenz und Öffentlichkeit von politischen Prozessen. Allerdings gibt es auch Gegenmeinungen, dass man in den Vorberatungen freier reden könnte, wenn die nichtöffentlich wären, und man dann eher einmal unbedarft sein und Nachfragen stellen kann. Deswegen wird meine Fraktion unterschiedlich abstimmen in diesem Punkt. Der zweite Punkt des GRÜNEN-Antrags, dass die Vorlagen frühzeitig veröffentlicht werden, ist auf jeden Fall zu begrüßen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Herr Honné, ich muss Ihnen leider in einem Punkt widersprechen. Es bleibt leider nicht alles beim Alten, wenn Ihr Antrag nicht durchgehen sollte, sondern es wird sich doch einiges ändern. Gerade, wenn Ihr Antrag nicht durchgeht, wird sich einiges ändern, nämlich es werden sehr viele Entscheidungen, die bisher im Gemeinderat gefallen sind, in nichtöffentlich tagende Ausschüsse verlegt. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen, dass mindestens die jetzige Transparenz der gemeindlichen Arbeit erhalten wird. Wir sind im Gegensatz dazu der Meinung, so wie auch die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers in Stuttgart war, durch die Einführung, dass man Ausschusssitzungen auch öffentlich machen kann, mehr Transparenz erreicht werden kann. Wir sind zwischenzeitlich im 21. Jahrhundert angekommen. Transparenz sollte wirklich nicht das Problem sein.

Eines muss uns klar sein: Die heute hier vorgeschlagenen Änderungen führen zum Gegenteil von mehr Transparenz. Sie führen zu weniger Transparenz. Denn ganz viele Entscheidungen, die vorher öffentlich im Gemeinderat diskutiert wurden, werden jetzt in nichtöffentlich tagenden Ausschüssen diskutiert. Vor allem bezweifeln wir, dass dadurch die Entscheidungen besser werden. Wir haben es schon öfters erlebt, dass in Vorberatungen in den Ausschüssen ganz andere Ergebnisse zustande gekommen sind, als später dann in der Gemeinderatssitzung, weil man auch noch einmal die Gelegenheit hatte, eine Entscheidung zu überdenken, noch einmal zu prüfen, noch einmal intern in den Fraktionen und Gruppierungen zu diskutieren. Das wird jetzt leider eingeschränkt oder weiter zurückgedrängt.

Außerdem – ganz entscheidend – halten wir es für sehr wichtig und die Bürger haben auch ein Recht darauf mitzuerleben, wie sich ihre Volksvertreter äußern, wie sie sich verhalten und wie sie am Ende dann auch abstimmen.

(Zurufe)

- Genau!

Wollen Sie mir widersprechen, dass wir hier mehr Transparenz erreichen wollen? Sie wollen also die Entscheidungen vor den Bürgern geheim halten. Oder was ist jetzt Ihre Intention?

Wir haben nichts zu verbergen als AfD-Gruppierung.

(Heiterkeit)

- Ja, was haben wir denn zu ...

(Beifall)

- Wir haben nichts zu verbergen. Wir wollen gerne öffentlich tagen. Deswegen werden wir im Übrigen auch den Antrag der GRÜNEN unterstützen, dass Ausschüsse öffentlich tagen sollen. Das ist doch völlig klar. Was haben wir zu verbergen? Wir sind die Vertreter der Bürger dieser Stadt. Die Bürger dieser Stadt haben ein Recht darauf zu wissen, wie wir entscheiden und warum wir zu welcher Entscheidung gekommen sind, damit sie das dann bei der nächsten Wahl entsprechend berücksichtigen können.

Jetzt will ich aber noch einmal ganz kurz sagen, die Wertgrenzen sind relativ klar. Was für uns völlig unverständlich ist, ist die Änderung der Ziffer 15. Da geht es nicht um Wertgrenzen, sondern über Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden oder sonstigen Organisationen soll zukünftig der Hauptausschuss entscheiden. Da sind wir ganz klar der Meinung, da soll weiterhin der Gemeinderat entscheiden, in welchen Verbänden, Organisationen die Stadt Mitglied sein soll und wo nicht.

Der letzte Punkt, das hatte ich schon gesagt: Wir werden dem Änderungsantrag der GRÜNEN in beiden Punkten zustimmen. Ich beantrage im Übrigen getrennte Abstimmung unseres Antrags nach den einzelnen Ziffern und bitte um Ihre Unterstützung.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Mir ist noch zur Klarstellung ganz wichtig darauf hinzuweisen, dass auch alle beschließenden Ausschüsse öffentlich sind, d. h., alle Beschlüsse, die von öffentlicher Relevanz sind, kommen am Ende auch bei der Entscheidung in einen öffentlichen Ausschuss oder in den Gemeinderat selbst. Es geht hier lediglich um die Nichtöffentlichkeit der jeweiligen Vorberatung. Da gibt es unterschiedliche Kulturen. Das Ergebnis einer sehr intensiven Diskussion im Gemeinderat war, dass man an der Karlsruher Kultur festhalten möchte, dass man die Vorberatung nichtöffentlich macht und dann am Ende natürlich die abschließende Entscheidung öffentlich. Insofern ist das auch ein Punkt, wo sich im Moment hier nichts verschlechtert. Auch durch die entsprechenden Wertgrenzen, die jetzt eingeführt werden und auch die Verlagerung von Entscheidungen, gibt es keinen Anlass, davon auszugehen, dass es sich hier um eine Verschleierung oder Reduzierung von Transparenz handelt. Auch diese Wertgrenzengeschichten, die bisher im Gemeinderat verankert waren, sind dort meist im nichtöffentlichen Teil entschieden worden. Hier wird nur ein Stück weit der Gemeinderat etwas davor geschützt, sich noch mit diesen vielen Themen zu beschäftigen. Es sind im Übrigen meist Entscheidungen, zu denen es keine große

Diskussion gibt und es von daher auch eher ein Verwaltungsvollzug denn eine ernsthafte politische Auseinandersetzung ist.

Dass die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und sonstigen Organisationen jetzt dem Hauptausschuss übertragen wird, setzt den Gemeinderat nicht außer Kraft, denn der Hauptausschuss ist das gewichtigste Gremium des Gemeinderates. Selbstverständlich haben auch alle anderen Stadträtinnen und Stadträte, selbst wenn sie nicht Mitglied im Hauptausschuss sind, die Gelegenheit, hier mitzudiskutieren und auf die Entscheidung letztlich Einfluss zu nehmen. An dieser Stelle möchte ich noch einmal deutlich machen, dass ich nicht sehe, dass hier irgendeine Transparenz Schaden nehmen könnte.

Wir kommen damit in Abarbeitung der verschiedenen Anträge. Der Antrag der GRÜNEN ist aus meiner Sicht der weitestgehende, weil er grundsätzlich eine andere Systematik vorschlägt. Das könnte man aber auch umgekehrt sehen. Ich rufe ihn jetzt als ersten auf. Die beiden Ziffern werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der GRÜNEN, Ziffer 1, in dem es heißt, die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich, nur in begründeten Fällen sind einzelne Tagesordnungspunkte nichtöffentlich. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit stelle ich die Ziffer 2 zur Abstimmung. Da geht es um die Unterlagen für öffentliche Sitzungen. Auch hier möchte ich noch einmal deutlich machen, dass es natürlich ausreichende Kulturen gibt, über Entscheidungen auch im Umfeld zu diskutieren, auch wenn es noch nicht möglich ist, mit der Verwaltungsvorlage unterwegs zu sein. Ich bitte jetzt um die Abstimmung. – Das ist eine knappe, aber eine Mehrheit gegen diese beantragte Ziffer 2.

Wir kommen damit zum Änderungsantrag der AfD. Auch hier ist getrennte Abstimmung gewünscht. Herr Bernhard, Sie halten das aufrecht? Denn ich kann denn Sinn nicht so ganz erkennen. Aber dann machen wir das so.

Dann rufe ich die Ziffer 1 auf und bitte um das Votum. – Es haben einige nicht mitgestimmt, aber Sie werden es vielleicht auch so akzeptieren können. Es würde sich an den Mehrheitsverhältnissen nichts ändern.

Ich rufe auf die Ziffer 2 des AfD-Antrags. Da geht es um die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und sonstigen Organisationen. – Das Votum ist eindeutig.

Jetzt rufe ich die Ziffer 3 des AfD-Antrags auf und bitte um Abstimmung. – Das ist eindeutig.

Ziffer 4 des AfD-Änderungsantrags. Ich bitte um das Votum. – Das ist wiederum mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer 5 des Änderungsantrags der AfD und bitte um ein Votum. – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Zur Abstimmung steht jetzt die Neufassung der Hauptsatzung in unveränderter Fassung. Ich bitte um das entsprechende Votum. – Fühlen sich Mitglieder nicht entsprechend gewürdigt im Abstimmungsverhalten? Dann müssen wir die Abstimmung noch einmal wiederholen, wenn sich Leute vertippt haben. – Brauchen wir nicht. Damit mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
10. Mai 2017